

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 419.11 / 09.08.2011

Feste Fehmarnbelt-Querung gefährdet Arbeitsplätze

Zur Antwort auf die Kleine Anfrage zu den Auswirkungen einer festen Fehmarnbelt-Querung auf den Güterverkehr in den Ostseehäfen und durch den Nord-Ostsee-Kanal (NOK) sagt der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Andreas Tietze**:

Durch die Verlagerung der Güterverkehre auf die geplante feste Fehmarnbelt-Querung sind viele Arbeitsplätze in den Ostseehäfen Lübeck, Kiel und Puttgarden sowie am NOK gefährdet. Laut Antwort des Wirtschaftsministeriums geht es um zirka 6.000 Arbeitsplätze, die direkt von den Häfen, am NOK und bei den Fährreedereien bereitgestellt werden. Die Lübecker Hafengesellschaft rechnet mit einem Verlust von zehn Prozent des Gesamtumschlags durch den Fehmarntunnel. Bei Scandlines sind 600 deutsche und 500 dänische MitarbeiterInnen beschäftigt, deren Arbeitsplätze bei der Einstellung der Fährlinie Puttgarden-Rodby wegfallen würden. Die Stena-Line wird nach der möglichen Fertigstellung des Fehmarn-Tunnels im Jahr 2020 die Einstellung der Fährlinie Göteborg-Kiel prüfen.

Die Landesregierung gibt zwar zum ersten Mal zu, dass Arbeitsplätze gefährdet sein könnten, verteilt aber trotzdem Beruhigungspillen, indem sie auf das prognostizierte Verkehrswachstum im Ostseeraum verweist. Danach sollen diese Wachstumseffekte die durch die Fehmarnquerung verursachten Umschlags- oder Beschäftigungsrückgänge mehr als kompensieren. Das berühmte Prinzip Hoffnung wird bemüht. Niemand weiß jedoch, wie sich die Wirtschaft in den nächsten 30 Jahren entwickeln wird. Wirtschaftskrisen werden in den schönen Wachstumsprognosen wohlweislich ausgeblendet.

Die feste Querung ist überflüssig, gefährdet Arbeitsplätze in der maritimen Verbundwirtschaft wie im Tourismus und degradiert Schleswig-Holstein noch mehr als heute zum reinen Transitland. Das Ziel der Verkehrsverlagerung „from road to sea“, das die Lan-

desregierung angeblich weiterverfolgt, wird von dieser selbst mit Füßen getreten.
